

Kritik an "verantwortungslosen Finanzdienstleistern"



Beim Neujahrsempfang der CDU suchte NRW-Arbeits-, Gesundheits- und Sozialminister Karl-Josef Laumann das Gespräch mit den Gästen.
(Schrief)

Rheine. Kennenlernen, Kontakte knüpfen oder einfach mal mit alten politischen Freunden einen schönen Abend verbringen - rund 200 Gäste nahmen beim Neujahrsempfang der Rheiner CDU am Dienstagabend im Stadtparkrestaurant die Gelegenheit wahr, um miteinander ins Gespräch zu kommen. Neben vielen CDU-Mitgliedern waren auch zahlreiche Vertreter aus Vereinen, Verbänden und Einrichtungen aus der Emsstadt der Einladung von NRW-Arbeits-, Gesundheits- und Sozialminister Karl-Josef Laumann und der CDU-Stadtunionsvorsitzenden Monika Lulay gefolgt.

Bevor die beiden CDU-Politiker von Tisch zu Tisch gingen, um alle Gäste per Handschlag zu begrüßen, betonte Laumann, dass es „Aufgabe der Politik ist, die ehrenamtlichen Strukturen so gut wie möglich zu unterstützen“. Und zwar

wertneutral: „Die Politik hat kein Recht, zu werten, was gutes und was schlechtes Ehrenamt ist.“

Minister Laumann, örtlicher CDU-Kandidat bei den Landtagswahlen im Mai, bekam spontanen Applaus für seine Kritik an den „verantwortungslosen Finanzdienstleistern“. Die Marktfreiheit müsse mit Verantwortung verbunden werden. „Es muss feste Vereinbarungen geben. Wir dürfen an Finanzprodukte bestimmte Erwartungen stellen, damit sich eine solche Krise nicht wiederholt.“

BILDERSTRECKE



Stadtunionsvorsitzend



Karl-Josef
Laumann,...



CDU-Mitglieder...

In wirtschaftlich schwierigen Zeiten sei es wichtig, Solidarität mit den Menschen in der Produktion zu üben, sagte Laumann weiter. „Das mit dem Kurzarbeitergeld hat geklappt. Bisher hat es keine Entlassungswellen gegeben. Die soziale Partnerschaft von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in unserem Land funktioniert. Das war eine schöne Erfahrung. Ich hoffe, dass das noch lange anhält.“

Die Wirtschaftskrise werde die öffentlichen Haushalte noch lange begleiten. „Lehrer, Polizisten, Pensionen ... das muss bezahlt werden. 63 Prozent der Einnahmen des Landes sind Personalkosten“, sagte Laumann.

Es gelte, dass Leben im Gemeinsinn zu organisieren und zum Wandel bereit zu sein: „Früher hätte ich mich nie für Ganztagschulen eingesetzt. 1990 hätte ich das noch für ein sozialistisches Instrument der Folter gehalten. Heute haben wir aber eine Veränderung in der Schülerschaft. 38 Prozent der eingeschulerten Kinder haben heute Eltern, die keine Schule in Deutschland besucht haben. Es ist legitim, wenn sich die Schullandschaft einer veränderten Schülerschaft anpasst. Es kann nicht sein, dass sich die Schüler einer festen Struktur anpassen müssen“, sagte Laumann.

Die Leistungen müsse der Staat aber auch bezahlen. Laumanns Vorschlag: Sparen in der inneren Verwaltung. „Für jeden Lehrer, den wir mehr einstellen, muss auf die Dauer ein Beamter der inneren Verwaltung des Landes verschwinden.“

Kinder müssten allein durch Fähigkeiten, Fleiß und Lernen eine echte Chance zum Aufstieg bekommen.

VON MATTHIAS SCHRIEF

26 · 01 · 10

WERBUNG

Die Heilsarmee

Spenden Sie online!

www.heilsarmee.de

Google-Anzeigen (gemeinnützig)

URL: http://www.westfaelische-nachrichten.de/lokales/kreis_steinfurt/rheine/1260312_Kritik_an_verantwortungslosen_Finanzdienstleistern.html

© Westfälische Nachrichten - Alle Rechte vorbehalten 2010